

Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl

Sozialer Fortschritt im Lissabonvertrag? - Von wegen!

Thomas Händel, bayerischer Spitzenkandidat der LINKEN für die EU-Wahlen stellte Prämissen seiner Partei dar

Europa ist eine gute Idee, die den Menschen bisher viel gebracht hat. Aber heute hat dieses Europa eine kräftige unsoziale und friedensfeindliche Schlagseite, die nun im Lissabon-Vertrag festgeschrieben werden soll. Wie das DIE LINKE ändern will, führte Thomas Händel, der bayerische Spitzenkandidat der LINKEN für die Europawahl, bei der Hauptwahlveranstaltung seiner Partei in Passau aus. Händels Forderungen: Europa braucht eine demokratische, von den Menschen erarbeitete Verfassung, die in allen Ländern abgestimmt wird. Die Menschen müssen selbst entscheiden können, wie sie in einem geeinten Europa zukünftig leben wollen. „Dieser Lissabonvertrag will die Freiheiten nur noch dem Kapital zugestehen, entschieden wird über die Köpfe der Menschen hinweg von Eliten, Kommissionen und Regierungen“, so der Mitbegründer der WASG und späterer LINKEN.

DIE LINKE hat die Ergänzung des Vertrags von Lissabon durch eine soziale Fortschrittsklausel im Europaparlament beantragt. Sie soll den Vorrang der sozialen und politischen Grundrechte vor den Kapital- und Binnenmarktfreiheiten sichern. „Wir sind zuversichtlich, dass das Bundesverfassungsgericht den Vertrag in dieser Form ablehnen wird“, sagte der Kandidat, seines Zeichens gelernter Elektromechaniker und Beiratsmitglied der IGMetall. Große Bedenken hegte der Politiker zudem gegen jene Klauseln, die EU-Mitgliederstaaten zur ständigen Aufrüstung verpflichte: „Niemand würde eine Aufrüstungsverpflichtung ins deutsche Grundgesetz schreiben“, sagte er. Alle Förder- und -knjunkturmaßnahmen der EU-Regierungen sollten in der jetzigen Krise besser koordiniert werden und einen „Schutzschirm für Menschen“ öffnen: Milliarden schwer nicht nur für Banken und Industrie.

Händels Versprechen: Seine Partei wolle sich in der „Europäischen LINKEN“, gemeinsam mit anderen LINKS-Parteien aus EU-Staaten dafür einsetzen, dass gegen die systematische Entwertung der Arbeit durch hohe Arbeitszeiten und entwürdigende Entlohnungen auch wieder hart verhandelt werde. Ein EU weit geltender Mindestlohn sei unverzichtbar. Dafür werde DIE LINKE auch mit Blick auf Deutschland kämpfen. „Man muss von seiner Hände Arbeit ohne staatliche Zuschüsse für Unternehmen angemessen leben können“, sagte Händel. Das sei ein Grundrecht. Insbesondere müssten Frauen endlich im Lohngefüge gleichgestellt werden in ganz Europa. Dafür stehe DIE LINKE ein, als einzige konsequent soziale Partei in Europa.